

Nr.40
1972

Union in Deutschland

Bonn, den 19. Oktober 1972

Die Linken haben nicht aufgesteckt

Der Wahlkampf ist in seine heiße Phase getreten. In vier Wochen werden vierzig Millionen Bürger zu den Urnen gerufen. Es ist unverkennbar, daß die Endrunde der Wahlkampagne manches von dem, was das Fairneßabkommen zwischen den Parteien eigentlich ausmerzen sollte, wieder nach oben geschwemmt hat: allein in Nordrhein-Westfalen sind bis zu siebzig Prozent aller CDU-Plakate abgerissen, verschmiert oder einfach überklebt worden; die Veranstaltungen der bekanntesten Unionspolitiker — allen voran die des Kanzlerkandidaten — werden in wachsendem Maße gestört; die CDU selbst und die Mitglieder ihrer Führungsmannschaft müssen sich in demagogischer Manier attackieren und verunglimpfen lassen — man braucht da nur einmal in die Veranstaltungen des SPD-Propagandisten Grass hereinzuhören.

Das alles ist nicht sehr erfreulich. Aber es kommt nicht von ungefähr. Wer die Reden des Dortmunder SPD-Parteitagés verfolgt hat, der konnte sich an den fünf Fingern ausrechnen, daß sich die polemische Schärfe, mit der in der Westfalenhalle auf die Union eingedroschen worden ist, bald auch an der Basis widerspiegeln würde. Denn diese Härte stellt — neben der Mythologisierung Brandts — den Kitt dar, der die auseinanderstrebenden Kräfte in der SPD bis zur Bundestagswahl zusammenhält.

Es gibt gar keinen Zweifel daran, daß die Linken in der SPD, die in Dortmund aus Gründen der Parteiräson kuschen mußten, ihren Oberen nach der Wahl — egal wie sie ausgeht — die Rechnung aufmachen werden. Zwar taten die auf Wahlkampfeinigkeít bedachten Reden der Parteispitze alles, um Gegensätze zu überkleistern. Dennoch blieb keinem Beobachter des Dortmunder Kongresses verborgen, daß die „Systemveränderer“ in der SPD kräftig am Werke sind — und auf ihre Stunde warten.

Willi Weiskirch, Sprecher der CDU

■ ARGUMENTE

Als Handreichung für die Auseinandersetzungen im Wahlkampf haben wir häufig auftauchende Streitfragen in Form von Frage und Antwort zusammengestellt.

Dokumentation

*

Eine kleine Restauflage dieser UiD-Ausgabe kann über die Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelderstr. 173, Tel. 22 00 40, gegen Erstattung des Selbstkostenpreises abgerufen werden.

■ MEDIEN

Die SPD-Medienpolitik sucht nach Verfügungsmöglichkeiten über die Massenmedien. Vor den Wahlen hält sie es allerdings für opportun, diesen Eindruck zu verwischen.

Seite 29

■ KANDIDATEN

In dieser Ausgabe beginnen wir mit der Veröffentlichung der Bundestagskandidaten, die sich direkt oder über die Landesliste für die CDU/CSU bewerben.

Seite 31

Vernichtendes Urteil über Wirtschaftspolitik

„Eine der schlimmsten Nachrichten der ganzen Nachkriegszeit“, das stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) in einem Kommentar fest, ist die Mitteilung, daß im September der Index der Lebenshaltungskosten um 6,2 Prozent höher war als im Vorjahr. Damit werde eine Beschleunigung des Inflationstempos angekündigt, wie man das sich noch vor zwei Jahren nicht vorzustellen wagte. „Werden die Verantwortlichen“, so fragt das Blatt, „auch jetzt noch versuchen, diesen horrenden Preisanstieg zu verniedlichen? Wird auch jetzt noch Wirtschafts- und Finanzminister Schmidt erklären, eine solche Geldentwertung müsse zugunsten der Vollbeschäftigung in Kauf genommen werden?“

Die FAZ meint weiter, der größere Teil der Ursachen für die Entwicklung sei „hausgemachte Inflation“ und schließt: „Man kann nicht bei einer ohnehin schon überbeschäftigten Wirtschaft alle öffentlichen Hähne immer weiter aufdrehen ... die jetzigen 6,2 Prozent Teuerung sind die Quittung für eine Politik, die der Stabilität nur einen minderen Rang einräumt.“

Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt u. a.: „Die Preise steigen noch schneller, als die Experten befürchtet hatten ... Dieser starke Auftrieb der Kosten ist besonders bemerkenswert, weil er dem üblichen Saisonrhythmus der Preise entgegensteht ... Nach diesem saisonwidrigen Anstieg der Lebenshaltungskosten im September ist mit Sicherheit bis zum November mit einer weiteren Verteuerung zu rechnen. Die nahezu täglich auch von offiziellen Stellen betonte Feststellung, die gegenwärtige Inflationsrate sei un-

erträglich hoch, kann man bald nicht mehr anhören – besonders dann, wenn gleichzeitig versichert wird, daß im Augenblick wirksame Gegenmaßnahmen nicht möglich erscheinen.“

Sogar die der SPD nahestehende „Frankfurter Rundschau“ nennt die Preissteigerungsrate einen „traurigen Rekord“. Eindeutig gehe hervor, „daß die einkommensschwächsten Bevölkerungsgruppen fast schon eine Teuerung von sieben Prozent innerhalb Jahresfrist hinnehmen mußten. Sie werden also am härtesten getroffen“. Zum Schluß meint das Blatt: „Anstatt noch länger eine Art Gefälligkeitsstaat zu praktizieren, sollte jeder Wunsch einer Gruppe am Interesse der Allgemeinheit gemessen werden – was allerdings ein Mindestmaß an staatsmännlichem Können voraussetzt.“

Das 400 000. Mitglied auf dem Parteitag geehrt

Unter dem Beifall der Delegierten des Wiesbadener CDU-Parteitages überreichte der CDU-Bundvorsitzende Rainer Barzel fünf neuen Mitgliedern der CDU Blumen und die Schallplattenkassette: Adenauer: „Aus meinem Leben“. Geehrt wurde das Ehepaar Margit (23) und Hartmut (32) Joost, das unter der Mitgliedsnummer 399 999 und 400 000 in die Union eingetreten ist. Auch zwei der übrigen drei Geehrten zeichnen sich durch ihr jugendliches Alter aus: Barbara Heilmann aus Kiel ist 17, Schülerin und JU-Mitglied ebenso wie der 24jährige Hans Peter Nass aus Kennfus (Rheinland-Pfalz). Frau Inge Grams aus Kiel vervollständigte das Quintett der Geehrten.

Damit wurde erneut bewiesen, daß die CDU als junge Partei

mit festen Grundsätzen und einer klaren Politik gerade unter der Jugend sich wachsender Beliebtheit erfreut.

Unbehagliches aus Dortmund

„Ernstzunehmendes aus Dortmund“ heißt der Leitartikel der FAZ zum Dortmunder Parteitag der SPD. Die Reden des SPD-Vorsitzenden Brandt und seines Stellvertreters Helmut Schmidt seien nicht nur für den Wahlkampf bestimmt. Beide hätten vielmehr gesagt, was sie wirklich meinen. „Dann jedoch“, kommentiert die FAZ, „wird es unbehaglich, denn zu viele gefährliche Irrtümer tummeln sich auf engem Raum.“

Einer sei, daß die Wähler für die Vollbeschäftigung zu Hilfe gerufen wurden. „Welche Begriffsverwirrung!“ stellt das Blatt dazu fest. „Als ob wir heute nur volle Beschäftigung hätten und nicht in Wahrheit eine sich gefährlich auswachsende Überbeschäftigung. Tollkühn mutet das Bemühen Helmut Schmidts an, hinter Überlegungen, wie sich das Übermaß ein wenig vermindern ließe, den politischen Willen zur Arbeitslosigkeit auszumachen. Vom Sprung der Inflationsrate, die in diesem Jahr zum erstenmal den Sparern ihre Zinsen nimmt und noch ein Stück dazu, sprach er nicht.“

Im Wirtschaftsteil nimmt die FAZ Stellung zum Wiesbadener CDU-Parteitag. Dort hätte die Stabilität Vorfahrt gehabt, die von den Koalitionsparteien SPD und FDP versprochen, aber nicht eingehalten worden sei. Die Union habe die Marktwirtschaft zum Angelpunkt ihres Programms gemacht und wolle damit das Vertrauen des Wählers gewinnen. „Für die Idee erst noch gewonnen werden müssen

die Jungen“, bemerkt dazu das Blatt. Ihnen müsse das marktwirtschaftliche Ordnungssystem erst noch nahegebracht werden. Hier liege „mit Recht die große Hoffnung der Union auf den Wahlerfolg“.

Glückwünsche für Strauß zur „Monitor“-Sendung

Ein wahrer Glückwunscregen ergoß sich auf den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß nach seinem Streitgespräch im Fernsehmagazin „Monitor“ am 16. Oktober. Außer 50 spontanen Anrufen gleich nach der

Sendung und 20 Telegrammen, trafen bei der CSU laufend Glückwunschbriefe ein.

Aus Hamburg schrieb ein Zuschauer: „... selten so gelacht und die Hände wund geklatscht, da die Zuschauer von Monitor endlich die Wahrheit hörten“. Manche Briefe koppelten gleich mit dem Glückwunsch einen Antrag auf Aufnahme in die CSU.

Das „Kreuzverhör“, das die beiden „Monitor“-Journalisten Klaus-Hinrich Casdorff und Rudolf Rohlinger mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß im Deutschen Fernsehen anstellten, fand auch in der Presse einen starken Widerhall. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte den Wortlaut des In-

terviews. In der Einleitung vertrat das Blatt die Auffassung, daß Strauß es seinen beiden Befragern „mit gleicher Münze“ heimgezahlt habe.

Die Zeitung schreibt unter anderem: „Unter den Magazin-Sendungen der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands hat sich Monitor in besonderem Maße den Ruf erworben, auf eine höchst einseitige und unfaire Art politische Kampagnen zu führen. Es mußte deshalb zu einem Eklat kommen, als der bayrische CSU-Vorsitzende Strauß, selbst ein harter, über ständige unsachliche Angriffe von links erbitterter Kämpfer, den beiden Monitor-Redakteuren mit gleicher Münze herausgab.“

Kurz informiert

Ihr Mandat zurückzugeben, falls sie die Politik ihrer Partei nicht mehr billigen können, müssen sich künftige Bundestagsabgeordnete der bayerischen FDP schon bei ihrer Aufstellung als Bundestagskandidaten verpflichten. Wie der bayerische FDP-Pressedienst mitteilte, wurde ein entsprechender Beschluß des Landesvorstands beim Landesparteitag in Bayreuth einstimmig angenommen.

Gegen das Kinderkriegen wettet die Fernsehansagerin und SPD-Wahlhelferin Wibke Bruhns in der jüngsten Nummer der Polit-Porno-Zeitschrift „Konkret“. Unter der Überschrift „Der Mütter Lohn – ein Lächeln der Union“ schreibt Frau Bruhns über eine Fernsehaufzeichnung einer Spontangeburt im Hamburger Marien-Krankenhaus: „Spontan ist das nichts und die Norm verlangt von der Gebärenden Kraft bis zur totalen Erschöpfung. Sie fordert das Durchstehen einer Tortur, die nur zu ertragen ist, weil die Mutter weiß wofür. Wofür? Sie schenkt einem künftigen Steuerzahler das Leben, dessen Aufzucht sie mit durchwachten Nächten und gehetzten Tagen bezahlt. Sie wird sich über viele Jahre ihres Lebens dafür strapazieren, daß unsere Wirtschaft eine Arbeitskraft erhält, die sie nicht entbehren kann. Die Mutter verzichtet auf Unabhängigkeit, Fortkommen im Beruf, Eigenleben, um jemanden großzuziehen, der später ihre Rente finanziert.“ Das Stichwort Rente benutzt

Frau Bruhns sodann, um die Unionsparteien zu kritisieren, die in dieser Frage bekanntlich die Regierungsparteien im Bundestag ausstachen und ihr umfangreicheres Rentensystem durchsetzten.

Wahlpropaganda für die Regierungsparteien machte der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Eugen Loderer. Am 13. Oktober hat er im offiziellen Pressedienst der SPD dazu aufgerufen, bei den Neuwahlen zum Bundestag SPD oder FDP zu wählen. Die heutige Opposition, so Loderer, müsse sich gefallen lassen, „daß sie auch an den Leistungen gemessen wird, die sie erbracht hat, als sie noch an der Regierung war“. Der SPD-Regierung bescheinigte der IG-Metall-Vorsitzende im SPD-Pressedienst, den Wählerauftrag „für längst fällige Reformen“ ernst genommen zu haben. Die Koalition habe in ihrer wegen „politischen Überläufertums“ verkürzten Amtsperiode „beachtliche soziale Leistungen“ aufzuweisen.

Aus der FDP ausgetreten ist der frühere Landesvorsitzende der Saar-FDP, Reinhard Koch. Er war bis 1970 saarländischer Wirtschaftsminister und vorher Finanzminister. Gleichzeitig verließ ein weiterer prominenter saarländischer Politiker, der Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes und Mitbegründer der FDP/DPS, Fritz Henning Karcher, seine Partei. Beide begründeten ihren Austritt mit einem Linksschwenk der Bundespartei. (Weitere Meldungen S. 30)

Wer SPD wählt, wählt auch Wienand

Die Sozialdemokraten von Nordrhein-Westfalen haben den parlamentarischen Geschäftsführer ihrer Fraktion im sechsten Deutschen Bundestag, Karl Wienand, gerade eben wieder auf die Landesliste gesetzt. Der zwölfte Platz zählt noch zur Gruppe der prominenten Plätze und garantiert seinem Inhaber ein sicheres Bundestagsmandat. Karl Wienand wird infolgedessen auch im neuen Bundestag vertreten sein.

Daß selbst engagierte SPD-Anhänger dieser Wiederwahl recht freudlos gegenüberstehen, drückt sich im Resultat aus. Wienand wurde – nach einer hitzigen Debatte – nur mit knapper Mehrheit auf die Landesliste gewählt. Er selbst und der Düsseldorfer Ministerpräsident Heinz Kühn hatten den Delegierten zuvor versichert, daß niemals ein Beratervertrag zwischen der Fluggesellschaft Pan International und Wienand existiert habe.

Nun gibt es fraglos Leute genug im Lande – etliche von ihnen saßen als Wahlmänner in der

gestrigen SPD-Delegiertenversammlung –, die den Dschungel um Karl Wienand noch gar nicht für so gelichtet halten wie er selbst und seine Parteioberen. Man kann sich unschwer vorstellen, wie genüßlich die SPD-Propagandisten diesen Fall im Wahlkampf unters Volk bröseln würden, wenn Wienand – statt der SPD – der CDU angehörte. Wie die Dinge nun liegen, haben sich die Sozialdemokraten für die letzten heißen Wahlkampfwochen selbst das Wort verboten: wenigstens was ungeklärte finanzielle Schmuddelaffären, Bestechlichkeit und Korruption betrifft.

Denn eines haben sie nicht fertiggebracht: Es ist ihnen nicht gelungen, mit dem Preis des hohen Listenplatzes den Fall Wienand sozusagen aus der Welt zu kaufen. Der Fall wird weiterschwelen. Und der CDU wird niemand verargen können, wenn sie den Wählern in Nordrhein-Westfalen ins Bewußtsein bringt, daß, wer SPD wählt, auch Karl Wienand wählt.

Willi Weiskirch

Pannen oder Absicht?

Der Westdeutsche Rundfunk, wie alle Sender in der Bundesrepublik eine „Anstalt des öffentlichen Rechts“, also allen Bürgern und Gebührenzahlern verpflichtet, ist gegenwärtig auf Live-Pannen abonniert. Erinnern wir uns: Im Juni mußte sich Intendant Klaus von Bismarck entschuldigen, weil der Professor Ernest Bornemann im Morgenmagazin des WDR Gelegenheit bekommen hatte, die soeben festgenommenen Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande zu bemitleiden. Ein „einmaliges Versehen“, so hieß es damals im Kölner Rundfunkhaus. Und Herr von Bismarck bemühte sich persönlich darum, daß sich ein Vorfall dieser Art nicht wiederholt. Wie wird der WDR-Chef wohl jetzt reagieren, nachdem ein peinlicher Fall einseitiger Parteinahme im Morgengrauen (das ja eine hohe Einschaltquote aufweisen kann) ruchbar geworden ist? Das sind die Fakten: Am 3. Oktober, kurz nach 8 Uhr, durfte Blechtrommler Günter Grass die

„Leistungen der sozial-liberalen Koalition“ dem Wähler deutlich machen. Grass wörtlich: „Es wird uns darauf ankommen, den Jung- und Erstwähler zu bewegen, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. ... Ich bin der Meinung, daß wir uns in der Bundesrepublik, nach dem so guten Beginn der Entspannungspolitik, einen Mann wie Brandt erhalten sollten.“ WDR-Moderatorin Marianne Lienau brach nach diesem Bekenntnis des SPD-Wahlreisenden Günter Grass in Entzücken aus: „Ein fast staatsmännisches Wort am Schluß. Wir danken Ihnen, Herr Grass.“ Panne oder Absicht – das ist hier die Frage. Der WDR-Chef würde sich um seine Anstalt und den gesamten deutschen Rundfunk verdient machen, wenn er dafür Sorge trüge, daß Programme, für die er die letzte Verantwortung hat, nicht zu Propagandazwecken mißbraucht werden. Der Moderatorin ist zu empfehlen, ihr politisches Talent dort zu entfalten, wo es angebracht und auch gefragt ist: in der Politik nämlich.

G. F.

SPD – Medienpolitik nimmt Kurs auf Zensur

Willy Brandt holte wieder eine Beruhigungspille aus dem Schrank. Er werde sich, gab der SPD-Vorsitzende am Rande des Dortmunder Parteitages Journalisten zu verstehen, gegen eine gesetzliche Fixierung der inneren Pressefreiheit und gegen Landespresseausschüsse aussprechen, wenn „die Betroffenen selbst Lösungen finden“. Brandts Medienexperte, der Hamburger Innenminister Heinz Ruhnau, übte sich ebenfalls in Bescheidenheit: Man müsse darauf hinwirken, die Kontrolle über eine ausgewogene und faire Berichterstattung in den Zeitungen dem Deutschen Presserat zu übertragen.

Die SPD, in Taktik nicht unerfahren, möchte wenige Wochen vor der Wahl die umstrittenen Beschlüsse ihres Medienparteitages vom November vergangenen Jahres vergessen machen.

Damals waren sich Journalisten und Verleger aller politischen Schattierungen einig wie selten zuvor: Die sozialdemokratische Medienpolitik nimmt Kurs auf Zensur und Reglementierung von Information und Meinung. „Um bei der Informationsverbreitung einem Mißbrauch durch die Alleinstellung einer Zeitung oder eines Konzerns in einer Region entgegenzuwirken, ist eine Mißbrauchsaufsicht einzurichten. Dies kann in Form von Landespresseausschüssen geschehen. Sie müssen vom Staat unabhängig sein. In ihnen müssen die gesellschaftlich relevanten Kräfte angemessen repräsentiert sein. Die Gruppen benennen ihre Vertreter selbst. Eine so konstruierte Mißbrauchsaufsicht sollte folgende Aufgaben und Rechte haben: Beobachtung der Entwicklung und Veröffentlichung von Stellungnahmen zu festgestellten Mißständen; Beurteilung von Beschwerden und Veröffentlichung eigener Stellungnahmen dazu; Abdruck solcher Stellungnahmen in den betroffenen Zeitungen; Beobachtung und Veröffentlichung von

Monopolbildungen auf dem Vertriebssektor“.

Verordnete Informationskost

Diese wenigen Sätze zeigten, daß die SPD ihre ideologische Ballonmütze nicht mehr länger im Schrank lassen möchte. Die Sozialdemokraten wollen auch die Presse der „gesellschaftlichen Kontrolle“, der Aufsicht durch ein Räteystem, unterwerfen. Konzentrationserscheinungen dienen ihr als Hebel, die Medien in ihrem Sinne zu verändern. „Was für eine Aussicht, schrieben damals selbst SPD-nahe Journalisten, die Kritisierten sollen die Kritik beurteilen! In der Tat würden die von den Sozialdemokraten geforderten Landespresseausschüsse zumindest eine Nachzensur bewirken, die die Journalisten vor profilierter Kritik abhält. Der Bürger hätte dann eines Tages nur noch die Wahl zwischen dem unpolitischen Generalanzeiger-Typ und einer Zeitung, die in der Reihenfolge der Wochentage die Meinungen der Parteien zu Wort kommen läßt. Diese Sterilität wäre das Ende jedes engagierten Journalismus, der der Sauerteig unserer Demokratie ist.

„Wenn man sieht“, bemerkte kurz nach dem SPD-Medienparteitag der hessische CDU-

Landesvorsitzende Dr. Alfred Dregger, „wenn man sieht, wie der linke Flügel der SPD mit der Meinungsfreiheit im universitären Bereich umgeht, dann wird es zur Aufgabe, schon in diesen Tagen Anschläge gegen die Vielfalt auf dem Pressemarkt abzuwehren. Der mündige Bürger muß davor bewahrt werden, daß ihm eine staatliche oder halbstaatliche Instanz die Informationskost verordnet.“

Die Sozialdemokraten ließen sich trotz des einheitlich negativen Urteils durch Journalisten aller Couleur nicht von ihrem Plan abbringen, für die Einrichtung von Landespresseausschüssen zu werben. Der Freiburger Rechtswissenschaftler Joseph H. Kaiser mahnte: „Zur Gewährleistung einer ausgewogenen Berichterstattung durch die Medien oder auch nur durch die Presse bedarf es nicht dieser (von der SPD verlangten) Eingriffe, da die Presse als solche und vor allem das ganze Konzert der die öffentliche Meinung bildenden Medien das ohnehin leistet. Veröffentlichungsgebote sind in der Hand des Richters ein zulässiges Mittel zur Wiederherstellung verletzten Rechts. In der Hand von Presseausschüssen mit der Zielsetzung, durch die Veröffentlichung eine politische (oder vergleichbare) Wirkung zu erzielen, sind sie ein verfassungswidriger Eingriff in das Grundrecht der Pressefreiheit... Schon ein Perfektionismus der öffentlichen Presseplanung gefährdet das Grundrecht der Pressefreiheit. Wird aber politischen Gruppen eine hoheitliche Zuständigkeit zur Mitbestimmung des Inhalts von Tageszeitungen zugestanden, dann ist die Pressefreiheit zur Beute der Gewalten geworden, gegen die und zu deren Kontrolle sie errichtet wurde.“

Die Antwort der SPD auf diese Warnung eines prominenten Rechtsgelehrten: Die Partei werde die Etablierung von Lan-

despresseausschüssen in der kommenden Legislaturperiode“ an den Anfang der gesetzgeberischen Prioritäten“ setzen. Und wenige Wochen vor dem Dortmunder Parteitag zeigte sich der Medienexperte Ruhnau erstaunt darüber, daß die Öffentlichkeit die sozialdemokratische Forderung nach Presseausschüssen nicht verstehen wolle. Konkreter sagte es der stellvertretende Landesvorsitzende der SPD in Bayern, Dr. Peter Glotz, ein Kommunikationswissenschaftler von der Universität München, der auch der Kommission Massenmedien beim Bundesvorstand der SPD in Bonn angehört, am 27. September in einem Exklusivbeitrag für den Fachdienst „Kirche und Rundfunk“ des Evangelischen Pressedienstes: „Die SPD muß in die zweite Phase ihrer Kommunikationspolitik eintreten; sie muß das Medienkonzept des 71er-Parteitages ausfüllen, die Versprechungen einlösen. ... Der Parteitag hat nämlich davon Abstand genommen, uneinlösbare Wechsel auszustellen ... Das Konzept ist einlösbar – und nicht erst nach der nächsten Zeitenwende. Die politischen Grundsätze des Medienpapiers müssen in Gesetzesvorlagen, in ausprobierbare, auch veränderbare, aber jedenfalls konkrete Vorschriften verwandelt werden“.

Glotz trifft sich in etwa mit den Jungsozialisten, die in ihrem in diesem Jahr herausgegebene

nen Medienpapier freiweg formulieren: „Langfristig müssen sicherlich – im Zusammenhang mit einer Veränderung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft in Richtung auf eine Gesellschaft, deren Grundlage die Selbstbestimmung der Menschen über ihre Verhältnisse ist – auch die Massenmedien in die Verfügungsgewalt der Gesellschaft gestellt werden. Diesen Prozeß voranzutreiben, erfordert gegenüber der bestehenden Bewußtseinsindustrie die Mobilisierung der Menschen für ihre Interessen und Bedürfnisse, die von den Interessen privater Kapitalverwertung unterdrückt oder deformiert werden. Ein sich entwickelndes Medienbewußtsein als Bewußtsein von den eigenen Interessen wird es möglich machen, den Trend zur Privatisierung der Massenmedien umzukehren, der privaten Aneignung gesellschaftliche Formen der Produktion und Distribution entgegenzusetzen“. Die Jungsozialisten machen kein Hehl aus ihrer Überzeugung, daß Medienpolitik als Einstieg in die Veränderung unserer Gesellschaftsordnung dienen soll. Für sie ist es selbstverständlich, daß der Staat das Recht haben muß, „auch etwa in die Grundrechte marktbeherrschender Verleger einzugreifen“. Senator Ruhnau kennt da auch wenig Skrupel. Was sei denn dagegen einzu-

wenden, fragte er in einem Interview der Parteizeitung „Berliner Stimme“, wenn der Staat, wenn die Gesellschaft einen Teil dessen übernehme, was bisher einem Verleger gehört habe.

Zur Beruhigung haben die Äußerungen von Brandt und Ruhnau während des Dortmunder SPD-Parteitages also nicht beitragen können. Die Beschlüsse des Medienparteitages vom Herbst 1971 gelten weiter, aus wahltaktischen Gründen möchten die SPD-Führer ihnen eine unverbindlichere Form einräumen. Geblieben ist vor allem das sozialdemokratische Mißtrauen den Verlegern und Herausgebern gegenüber. Das schlägt sich in der Dortmunder Formulierung nieder: „Es gibt Kräfte, die sich der Pressefreiheit in den Weg stellen. Verlagskonzentration und die uneingeschränkte Verfügungsgewalt einiger weniger Verleger gefährden die Informations- und Meinungsfreiheit. Dem werden wir nach Maßgabe der Beschlüsse des Parteitages vom November 1971 entgegenzutreten“. Jochen Steffen, der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende, hatte bereits im Februar dieses Jahres verraten, warum seine Partei die deutsche Presse disziplinieren will: Die SPD brauche nicht nur die Mehrheit im Parlament, sondern auch die Verfügungsmöglichkeit über die Massenmedien, wenn sie Regierungspartei bleiben wolle.

Kurz informiert

Ein Parteiwechsel wird aus Berlin gemeldet: Professor Stanislaw Kubicki, Hochschullehrer im Fachbereich Medizin der Freien Universität, ist nach 25jähriger Mitgliedschaft in der Berliner FDP aus dieser Partei ausgetreten und hat seine Aufnahme in die CDU beantragt. Kubicki, der vier Jahre dem Landesvorstand der FDP angehörte und zwei Jahre Landesschatzmeister war, erklärte zu seinem Schritt, er könne in der FDP „nichts Liberales mehr“ entdecken.

Auf Lohn- und Gehaltserhöhungen würden nach einer Umfrage der Wickert-Institute Tübingen 89 Prozent der Arbeitnehmer verzichten, wenn dadurch die Preise stabil blieben. Wie die Wickert-Institute mitteilen, erklärten vier Prozent, Lohn- und Gehaltserhöhungen müßten sein. Sieben Prozent waren der Ansicht, die Lohn-Preis-Spirale sei gesetzmäßig gegeben, oder äußerten keine Meinung. Eine gleiche Wickert-Umfrage vor zwei Jahren hatte 77 Prozent unter diesen Voraussetzungen für einen Verzicht auf Lohnerhöhungen ergeben. April 1971 waren es 87 Prozent.

Die Kandidaten der CDU/CSU

Schleswig-Holstein

Landesliste

1. Kai-Uwe **v. Hassel**, Glücksburg
2. Dr. Karl-Heinz **Narjes**, Kiel
3. Karl **Eigen**, Klein-Parin
4. Irma **Tübler**, Kiel
5. Olaf **von Wrangel**, Wohltorf
6. Heiner **Möller**, Lübeck 1
7. Rolf **Bremer**, Elmshorn
8. Prof. Dr. Karl **Carstens**, Bonn-Duisdorf
9. Johann Christoph **Besch**, Königswinter-Thomasberg
10. Klaus **Haller**, Neumünster 1
11. Max-Heinrich **Martens**, Todenbüttel-Maisborstel
12. Ingrid **Beckmann**, Sterley
13. Walter **Reichler**, Norderstedt 1
14. Brigitte **Schulz**, Heringsdorf
15. Karl-Rainer **Rindfleisch**, Mölln
16. Uwe **Grewe**, Kiel
17. Elisabeth **Lange**, Kiel
18. Günter **Meynberg**, Schönbergerstrand
19. Uwe **Küsel**, Ratzeburg
20. Heiko **Hoffmann**, Klausdorf/Schwentine
21. Hubertus **von Bredow**, Plön
22. Wilfried **Busch**, Tangstedt
23. Wolfgang **Feldmeier**, Leck
24. Manfred **Bestmann**, Malente
25. Georg **Rösler**, Itzehoe
26. Bernd **Dorendorf**, Lübeck 1
27. Peter **Aniol**, Klintum
28. Klaus-Werner **Junge**, Oldendorf
29. Ehrenfried **Weidemann**, Lübeck 1
30. Wolfgang **Neumaier**, Schleswig
31. Herbert **Klinger**, Glückstadt
32. Friedrich **Schumann**, Kiel
33. Emma **Fester**, Lasbeck/Gut
34. Hans-Joachim **Steen**, Grömitz
35. Gerd-Rüdiger **Millert**, Plön
36. Walter **Lonsert**, Schwarzenbek

Direktkandidaten

Wahlkreis

- 1 Flensburg: Johann-Christoph **Besch**
- 2 Schleswig-Eckernförde: Hans-Jürgen **Klinker**
- 3 Husum: Willi Peter **Sick**

- 4 Steinburg-Süderdithmarschen: Kai-Uwe **von Hassel**
- 5 Rendsburg-Neumünster: Hellmuth J. **Brodersen**
- 6 Kiel: Dr. Karl-Heinz **Narjes**
- 7 Plön: Prof. Dr. Karl **Carstens**
- 8 Segeberg-Eutin: Peter-Kurt **Würzbach**
- 9 Pinneberg: Rolf **Bremer**
- 10 Stormarn-Herzogtum Lauenburg: Olaf Baron **von Wrangel**
- 11 Lübeck: Heiner **Möller**

Hamburg

Landesliste

1. Dietrich **Rollmann**, Hamburg
2. Erik **Blumenfeld**, Hamburg
3. Gerhard **Orgaß**, Hamburg
4. Carl **Damm**, Hamburg
5. Heinrich **Gewandt**, Hamburg
6. Volker **Rühe**, Hamburg
7. Martin **Müller**, Hamburg
8. Irma **Blohm**, Hamburg
9. Hans-Georg **Kuhn**, Hamburg
10. Karlheinz **Ehlers**, Hamburg
11. Dr. Dr. Norbert **Thurow**, Hamburg
12. Prof. Dr. Jens **Lübbert**, Hamburg
13. Ernst Erich **Plattner**, Hamburg
14. Horst **Steinert**, Hamburg
15. Günter **Boyer**, Hamburg
16. Rosmarie **Frommhold**, Hamburg
17. Roland **Hasche**, Hamburg
18. Hartmut **Perschau**, Hamburg
19. Hartmut **Menck**, Hamburg
20. Eduard **Prosch**, Hamburg
21. Friedrich-Wilhelm **Sloman**, Hamburg
22. Alfred **de Chaupeaurouge**, Hamburg

Direktkandidaten

Wahlkreis

- 12 Hamburg-Mitte: Dietrich **Rollmann**
- 13 Altona: Erik **Blumenfeld**
- 14 Eimsbüttel: Volker **Rühe**

Bundestagskandidaten

- 15 Hamburg-Nord 1: Heinrich **Gewand**
- 16 Hamburg-Nord II: Gerhard **Orgaß**
- 17 Wandsbek: Klaus **Francke**
- 18 Bergedorf: Irma **Blohm**
- 19 Harburg: Carl **Damm**

Niedersachsen

Landesliste

- 1. Dr. Philipp **von Bismarck**, Schweimke
- 2. Rudolf **Seiters**, Meppen
- 3. Frau Ursula **Benedix**, Uelzen
- 4. Heinz **Franke**, Osnabrück
- 5. Dr. Hans Edgar **Jahn**, Braunschweig
- 6. Jan **Eilers**, Wilhelmshaven
- 7. Diedrich **Schröder**, Dornum
- 8. Dr. Rudolf **Sprung**, Goslar
- 9. Dr. Herbert **Gruhl**, Bardinghausen
- 10. Dr. Ludolf **von Wartenberg**, Hannover
- 11. Karl-Hans **Lagershausen**, Schlüte b. Barne
- 12. Helmut **Sauter**, Salzgitter
- 13. Frau Dr. Hanna **Neumeister**, Kreiensen
- 14. Hans-Adolf **de Terra**, Hildesheim
- 15. Eberhard **Pohlmann**, Hameln
- 16. Prof. Dr. Hans **Klein**, Göttingen
- 17. Dr. Martin **Oldenstädt**, Wittorf
- 18. Franz-Josef **Nordlohns**, Lohna
- 19. Dr. Karl-Heinz **Hornhuss**, Osnabrück
- 20. Odal von **Alten-Nordheim**, Wormstahl über Wunstorf
- 21. Otto **von Fircks**, Isernhagen
- 22. Dr. Volkmar **Köhler**, Wolfsburg
- 23. Rudolf **Werner**, Hannover
- 24. Dr. Klaus **Döhner**, Midlum
- 25. Werner **Broll**, Oldenburg
- 26. Heinz **Hartnack**, Hannover
- 27. Otto **Bittelmann**, Bomlitz
- 28. Edelhard **Rock**, Wolfenbüttel
- 29. Wilhelm **Helms**, Bissenhausen
- 30. Frau Dr. Eva-Brigitte **Rudolph-Heger**, Laatzen
- 31. **Foege**, Wingst
- 32. Hermann **Kopp**, Duderstadt
- 33. Hubert **Schill**, Goslar
- 34. Dr. Dieter **Radau**, Lüneburg

- 35. Dr. Bernhard **Scholz**, Osnabrück
- 36. Hugo **Averbeck**, Oldenburg
- 37. Wolfgang **Michalek**, Ülzen
- 38. Joachim **Clemens**, Braunschweig
- 39. Walter **Eisennacher**, Göttingen
- 40. Egon **Thiele**, Berne

Direktkandidaten

Wahlkreis

- 20 Emden-Leer: Diedrich **Schröder**
- 21 Wilhelmshaven: Jan **Eilers**
- 22 Oldenburg: Werner **Broll**
- 23 Delmenhorst-Wesermarsch: Karl-Hans **Lagershausen**
- 24 Cuxhaven: Hans **Ebelt**
- 25 Stade: Nicolaus **Dreyer**
- 26 Emsland: Rudolf **Seiters**
- 27 Cloppenburg: Manfred **Carstens**
- 28 Hoya: Otto **Bittelmann**
- 29 Verden: Dr. Martin **Oldenstädt**
- 30 Soltau-Harburg: Karl-Heinz **Mursch**
- 31 Lüneburg-Lüchow-Dannenberg: Horst **Schröder**
- 32 Bersenbrück: Dr. Burkhard **Ritz**
- 33 Osnabrück: Ferdinand **Erpenbeck**
- 34 Nienburg: Richard **Ey**
- 35 Schaumburg: Odal **von Alten-Nordheim**
- 36 Hannover I: Heinz **Franke**
- 37 Hannover II: Rudolf **Werner**
- 38 Hannover III: Dr. Herbert **Gruhl**
- 39 Celle: Dr. Hans **Hubrig**
- 40 Gifhorn: Dr. Philipp **von Bismarck**
- 41 Hameln-Springe: Eberhard **Pohlmann**
- 42 Holzminden: Dr. Hanna **Neumeister**
- 43 Hildesheim: Hans-Adolf **de Terra**
- 44 Salzgitter: Helmut **Sauer**
- 45 Braunschweig: Dr. Hans Edgar **Jahn**
- 46 Helmstedt-Wolfsburg: Volkmar **Köhler**
- 47 Goslar-Wolfenbüttel: Edelhard **Rock**
- 48 Northeim: Dr. Rudolf **Sprung**
- 49 Göttingen: Prof. Dr. Hans-Hugo **Klein**

*

(Diese Aufstellung wird in der nächsten UiD-Ausgabe fortgesetzt)

UiD

Verlag: Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 22 00 40.
Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun, Bankverbindung: Commerzbank Bonn, Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich DM 6,-, Einzelpreis DM 0,50. Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn